

9.52

Abgeordneter Mag. Nikolaus Alm (NEOS): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Geschätzte Damen und Herren! Zum Aktionsplan „Sicheres Österreich“ werden Sie auf den Websites von Innenministerium und Justizministerium nichts finden, was ich einigermaßen interessant finde. Wenn Sie etwas darüber lesen wollen, dann ist es die Website der ÖVP, die da ein wenig mehr Information bietet – das alleine ist schon bezeichnend.

Wir wissen natürlich auch, welchen Hintergrund dieser Aktionsplan hat: Es ist einmal mehr politisches Marketing, das hier stattfindet, mit der gleichen Beugung der Statistik, die wir auch vom Team Stronach kennen, die wir auch von der FPÖ kennen. Als Beleg dafür bringe ich Ihnen ein Zitat von dieser ÖVP-Website, wo Folgendes zum Aktionsplan „Sicheres Österreich“ steht: „Die Flüchtlingskrise ist ein Grund für den Anstieg der Kriminalität in den vergangenen Monaten.“

Damit wird auch von der ÖVP eine direkte Kausalität zwischen Schutzsuchenden und Kriminalität hergestellt, wie wir das ja auch von anderen Seiten immer wieder hören. Basis dieser Behauptungen sind Rohdaten, es gibt keine gesicherte Statistik dazu. Im Steigen ist die Zahl der Delikte, die bestenfalls in den Bereich der Kleinkriminalität fallen, und Sie wissen, dass Gewaltverbrechen ... *(Zwischenruf der Abg.*

Steinacker.) – Sie haben keine Daten dazu, Sie haben keine präsentiert, auf jeden Fall haben Sie keine veröffentlicht. Gerade schwere Verbrechen nehmen nach der Statistik des letzten Jahres nämlich ab.

Österreich ist ein sicheres Land, das haben Sie selbst gesagt. Der Aktionsplan „Sicheres Österreich“ wird das vermutlich weder entscheidend nach oben noch nach unten ändern können. Das Phänomen der gefühlten Kriminalität existiert jedoch, wir dürfen aber nicht vergessen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl auch davon abhängt, wie wir über Dinge reden.

Bundeskanzler Kern meinte gestern, wir dürfen nicht „jeden (...), der in unser Land kommt, als Vergewaltiger und Kriminellen (...) diffamieren“ – #feelthekern. Wenn der Bundeskanzler das sagt, dann wird er das ja nicht einfach erfinden, dann bezieht er sich auf etwas, das stattfindet. Schauen Sie sich tageszeitungsähnliche Medien wie dieses hier an *(der Redner hält eine Seite eines Exemplars der Tageszeitung „Österreich“ mit der Überschrift „Hotspot U6: Drogenhöhle, Bandenkriege, Bürger in Angst“ in die Höhe)*: Da haben Sie Überschriften, die nahelegen, dass in Wien ein Krieg stattfindet, und das ist einfach nicht der Fall.

Einen Unterschied zwischen der FPÖ, dem Team Stronach und der ÖVP gibt es natürlich schon: Die ÖVP ist in der Regierung, und sie trägt damit natürlich dazu bei, dass dieses Spiel so etwas wie eine offizielle Dimension bekommt. Die Bevölkerung wird damit systematisch oder systemisch, jedenfalls aber willkürlich und vorsätzlich verunsichert. Dazu kommen tragische Fälle wie am Yppenplatz, wie am Praterstern – für Nicht-Wiener: der Brunnenmarkt und der Yppenplatz sind das Gleiche –, die natürlich kein Beleg dafür sind, dass sich in der Gesamtstatistik irgendetwas ändert.

Natürlich ist jedes Verbrechen eines zu viel, doch Plattitüden, wonach sich InländerInnen, AusländerInnen, Österreicher, Nicht-Österreicher an die Gesetze zu halten haben, sind wirklich unnötig. Es geht keiner davon aus, dass hier das Recht für irgendjemanden nicht gelten würde.

Die Ideen, die Sie jetzt im Aktionsplan „Sicheres Österreich“ haben, betreffen eigentlich nur Verschärfungen, strengere Gesetze, strengere Strafbestimmungen, und es ist nicht davon auszugehen, dass das irgendeinen Erfolg zeitigen wird. (*Zwischenruf des Abg. Steinbichler.*) Prävention wäre da schon wesentlich sinnvoller, doch das, was Sie als Prävention bezeichnen, sind in erster Linie Überwachungsmaßnahmen – sehen Sie sich das Polizeiliche Staatsschutzgesetz an. (*Zwischenruf der Abg. Steinacker.*)

Prinzipiell wäre es eine gute Idee, das Problem mit Prävention zu lösen, doch die Umsetzung über den Überwachungsweg ist natürlich falsch. Massenüberwachung funktioniert beim Terror nicht – das hat Brüssel gezeigt, das hat Paris gezeigt –, sie funktioniert aber nicht einmal bei der Kleinkriminalität.

An den U-Bahn-Linien U4 und U6 sind im Jahr 2015 160 neue Überwachungskameras installiert worden. Die Kriminalität dort hat zugenommen. (*Zwischenruf des Abg. Steinbichler.*) Nach den Überlegungen zur Statistik, die Sie hier ausführen, müsste ja sozusagen das Abmontieren von diesen Überwachungskameras dazu führen, dass die Kriminalität abnimmt, wenn sie steigt, wenn Sie neue Kameras montieren – also genau das Gegenteil ist der Fall.

Letztendlich ist Überwachung ja keine Präventionsmaßnahme, sondern eine Maßnahme, die der Aufklärungsarbeit zuträglich ist (*Zwischenruf des Abg. El Habbassi*), und die Frage ist, ob das überhaupt noch als Prävention bezeichnet werden kann. Anlasslose Massenüberwachung greift jedenfalls in Grundrechte ein, und wir sollten hier nicht den Weg gehen, in Grundrechte einzugreifen, sondern dort ansetzen, wo Präventionsarbeit wirklich sinnvoll ist: wenn Menschen mit Menschen arbeiten.

Und wenn da Asylwerbende eine gewisse Disposition haben, dann erfordert das auch dort, dass wir den Einsatz von Sozialarbeit in Kooperation mit der Polizei stärken, dass wir uns darauf fokussieren, gesicherte Daten, gesicherte Statistiken zu erhalten (*Präsidentin Bures gibt das Glockenzeichen*), dass wir eine verstärkte Kooperation von Polizei und Justiz haben, wie auch der Fall am Yppenplatz zeigt.

Der Aktionsplan „Sicheres Österreich“ ist nichts anderes als eine Marketingmaßnahme, die ein Problem adressiert, das Sie selbst geschaffen haben, das Sie selbst durch Ihre Ausführungen in diesem Bereich perpetuieren. Die Statistik wird für das Argument gebeugt.

Präsidentin Doris Bures: Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Abgeordneter Mag. Nikolaus Alm (*fortsetzend*): Eine Verschärfung des Tons, die eine Verschärfung der Gesetze nach sich zieht, das wollen wir sicher nicht. (*Beifall bei den NEOS.*)

9.57

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hagen. – Bitte.